

Antrag Nr.



FRAKTION IM RAT DER STADT ESSEN

Herrn Oberbürgermeister
Reinhard Paß

Severinstr. 1, 45127 Essen
Telefon (02 01) 17 54 33 11
Fax (02 01) 17 54 33 18
http:// www.linksfraktion-essen.de
E-Mail info@linksfraktion-essen.de

Essen, 22. November 2010

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeiten
Rat der Stadt	24.11.2010	Entscheidung

TOP 18: Atomtransporte

Sehr geehrter Herr Paß,

die Ratsfraktion DIE LINKE. bittet den Rat, die folgende Resolution zu beschließen, und der Stadtverwaltung den untenstehenden Auftrag zu erteilen:

Resolution:

Moratorium für Atomtransporte jetzt!

In Sorge über die absehbar stark steigende Anzahl der Atomtransporte, gerade auch durch das westliche und mittlere Ruhrgebiet, bittet der Rat der Stadt Essen die Landesregierung NRW darum, schnellstmöglich ein Moratorium für Atomtransporte in NRW zu erlassen.

Auftrag an die Stadtverwaltung:

- a) Die Katastrophenschutzpläne für mögliche Unfälle mit radioaktivem Material sollen zeitnah überprüft und ggf. überarbeitet werden. Dazu sollen auch mögliche Unfallszenarien entwickelt und durch eine Übung erprobt werden. Das Ergebnis ist dem Rat der Stadt Essen vorzulegen.
- b) Bei den zuständigen Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden sollen regelmäßig Informationen über bevorstehende Transporte von radioaktivem Material durch Essen angefordert werden. Über anstehende Transporte wird die Öffentlichkeit unverzüglich informiert.

Begründung:

Mit der stark steigenden Anzahl von Atommüll-Transporten innerhalb NRWs steigt auch die Gefahr von Unfällen. Dabei sind diese Transporte nicht notwendig. Bei den Transporten von Jülich nach Ahaus findet nur eine Verlagerung des Atommülls von einem Zwischenlager (am Kernforschungszentrum Jülich) in ein anderes Zwischenlager (Ahaus) statt. Das Risiko, dem die Bevölkerung ausgesetzt wird, ist daher unnötig.

Besonders unverantwortlich ist das Vorgehen im Fall des mittlerweile in Ahaus zwischengelagerte Atommülls, der über Ahaus ins russische Majak verbracht werden soll. Majak ist bereits heute eine der stärksten verstrahlten Regionen weltweit. Deutsche wie auch russische Umweltschützer haben ernstzunehmende Bedenken hinsichtlich der dortigen Sicherheitsstandards (Lagerung teilweise unter freiem Himmel)

geäußert.

Bereits das Ausmaß der bisherigen Gefährdung der Bevölkerung durch Atomtransporte ist unverantwortlich. So wurde am 8. März 2010 auf der Autobahn A 1 bei Bremen von der Polizei ein LKW mit Uranhexafluorid auf dem Weg zur Urananreicherungsanlage Gronau gestoppt, weil die tragenden Teile durchgerostet waren. Derartige LKW passieren auch das westliche und mittlere Ruhrgebiet.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Peter Leymann-Kurtz

Gabriele Giesecke